Gemeinsam gegen möglichen Ausbau der Stromleitung

Kommunen und Bürgerinitiativen entlang der Trasse P44 mod (von Eckental bis Altdorf) machen mobil

NEUNKIRCHEN — Vereint in einem neuen Bündnis wollen sich Gemeinden und Bürgerinitiativen entlang der Stromtrasse von Eckental über Schnaittach bis nach Altdorf gegen einen möglichen Ausbau dieser Leitung wehren. Diese Aufrüstung der sogenannten P44 mod „für Wechselstrom bis 380 Volt und mit bis zu 70 Meter hohen Masten" sei nämlich längst nicht vom Tisch (anders als die geplante Gleichstromtrasse durch das Nürnberger Land, Anm. d. Red.), wie die Neunkirchener Bürgermeisterin Martin Baumann bei einem aktuellen Treffen anmerkte.

Bürgermeister aus Neunkirchen am Brand, Neunkirchen, Ottensoos und Leinburg haben sich zusammen mit Vertretern von Bürgerinitiativen auf Einladung von Martina Baumann in Neunkirchen getroffen. Foto: Privat

Bei diesem Termin in Neunkirchen hatten sich Bürgermeister und Vertreter von Bürgerinitiativen (BIs) gegen Stromtrassen getroffen. Der Bedarf dieser Leitung P44 mod (mod steht für modifiziert) wurde in dieser Runde grundsätzlich bezweifelt, für die Energiewende bedeute sie keinen Nutzen, sondern konterkariere den dezentralen Charakter der erneuerbaren Energien, waren sich die Teilnehmer des Treffens einig. Ziel könne es deshalb nicht sein, eine Alternativroute für den Verlauf der Stromleitung zu finden, sondern sie zu verhindern, „um eine bezahlbare, dezentrale Energiewende zu ermöglichen".

„Die Bevölkerung weiß gar nicht, was wirklich auf sie zukommt", so sagte ein Bürgermeister. Laut Netzentwicklungsplan sei die Aufrüstung der bestehenden Leitung auf 380 Kilovolt weiterhin im Gespräch. Die Leitung P44 mod sei nämlich Teil einer Netzplanung, die nach Aussagen von Netzbetreiber TenneT unmittelbar bedingt ist durch den Bau der Süd-Ost-Gleichstromtrasse.

Dieser verstärkte Netzausbau führe nun dazu, dass in zahlreichen Gemeinden große Unsicherheit herrsche. Die Leitung P44 mod geht von Altenfeld in Thüringen über Würgau in Oberfranken mitten durch die Gemeinden Neunkirchen am Brand, Eckental, Schnaittach, Neunkirchen, Ottensoos und Leinburg bis nach Ludersheim bei Altdorf im Nürnberger Land. Sie führt aktuell in vielen Orten direkt über oder sehr nahe vorbei an Wohngebieten. Bei einem Ausbau, so die Aussage der CSU-Regierung in München, sollten allerdings auch die gleichen neuen und größeren Abstände von Freileitungen zu Wohngebieten gelten, wie sie für neue Trassen beschlossen wurden.

Trotz Ferienzeit war die Resonanz auf die Einladung durch Bürgermeisterin Martina Baumann groß: Bürgermeister Klaus Falk kam aus Ottensoos, Neunkirchen am Brand wurde durch den 3. Bürgermeister Andreas Pfister vertreten, und für die Gemeinde Leinburg nahm sich Bürgermeister Joachim Lang die Zeit. Ziel des Treffens war es, dass sich noch mehr Betroffene diesem neu gegründeten Bündnis anschließen. Dabei werden sowohl die Gemeindeoberhäupter angesprochen, aber auch engagierte Bürger seien willkommen, „wenn sie sich gegen einen überdimensionierten Netzausbau und für die Stärkung einer bezahlbaren Energiewende vor Ort und der Erzeugung von sauberem Strom einsetzen wollen", so Baumann.

Einig sei man sich gewesen, dass Kritik sich „gegen ein fehlgeleitetes Gesamtsystem richten muss, das der Energiewende zuwiderlaufe, nicht allein gegen einzelne Trassen". Es herrsche leider häufig der fatale Irrtum, dass Problemen nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß" begegnet werden könne, so Bürgermeister Klaus Falk aus Ottensoos. Seine Frage lautete: „Wollen wir wirklich zum ‚Drehkreuz Europa' für die Stromverteilung werden?" Es sei belegt, dass es beim Netzausbau verstärkt um den Export von überschüssigem Kohlestrom gehe.

Die Entscheidungen zum Bau von Stromtrassen fänden zum großen Ärger der Bürgerinitiativen derzeit wie schon Anfang 2014 über die Köpfe der Bürger hinweg statt. Der Wunsch von Bürgermeisterin Martina Baumann und Bürgermeister Joachim Lang ist es, eine sachliche Auseinandersetzung in den Vordergrund zu stellen. „Viele BIs orientieren sich dabei an ihren Bürgermeistern", ist die Erfahrung von Ralph Kubala von der BI Altdorf/Burgthann, „oft hören die Leute erst dann zu, wenn das Gemeindeoberhaupt deutlich sagt: Wir haben ein Problem!"

Das nächste Treffen des Bündnisses ist für Mittwoch, 5. Oktober, geplant. Nähere Informationen über Bürgermeisterin Martina Baumann oder über die Homepage des Aktionsbündnisses gegen die Süd-Ost-Trasse www.stromautobahn.de.

Pegnitz-Zeitung
20. August 2016